

Autonomie fordert kräftige Opfer

Drastische Auswirkungen wird das von der Regierung den Universitäten zugeteilte Budget auch auf die Montanuniversität Leoben haben. Die Leobener Uni muss Investitionsmittel zur Abdeckung der Personalkosten verwenden.

"Die Universitäten haben sich zu einer raschen Umsetzung des im Juli 2002 beschlossenen Universitätsgesetzes bekannt, um die Chancen der Autonomie für die zukünftige Entwicklung der Universität nutzen zu können", so Montanuni-Rektor Dr. Wolfgang Pöhl. "Doch anstatt mehr Mittel für die Implementierung zu bekommen, erhalten die Universitäten nun weniger". Die Universitäten seien davon ausgegangen, dass sämtliche Kosten der Umsetzung und zusätzliche Aufwendungen für eine neue Organisation bei der Zuteilung der Mittel im Budget 2003 Berücksichtigung finden. Gegenüber dem Vorjahr erhalten die Universitäten jedoch fünf Prozent weniger. "Wenn man die gegenüber 2002 zu erwartenden Mehrkosten hinzuzählt", so Rektor Pöhl, "dann sind es weitere drei Prozent, in Summe also acht Prozent, die den Universitäten fehlen".

Drastisch zurück genommen wurde die gesamte Zuweisung für Investitionen, die den Universitäten durch die Einnahmen aus den Studiengebühren ("Universitätsmilliarde") zur Verfügung gestellt wurde. Pöhl: "Für die Montanuniversität bedeutet dies, dass mehr als die Hälfte der Investitionsmittel fehlen. Wir kommen damit auf ein Investitionsbudget des Jahres 2000, das bereits um 50 Prozent unter dem Schnitt der letzten fünf Jahre lag. Das Jahr 2000 war ja Auslöser für die Einführung der Studiengebühren, deren Einnahmen für Infrastruktur-Verbesserungen gedacht waren. Diese fallen im Jahr 2003 komplett aus." Dadurch erhöhe sich der Anteil der Personalkosten, die an der Montanuniversität in "Normaljahren" 64 Prozent betragen, durch die Budgetzuweisung 2003 auf 80 Prozent des Gesamtbudgets. Sie müssen aus jenen Mitteln bezahlt werden, die für Investitionen und Betriebsausgaben vorgesehen waren.

Wachstumsstrategie gestoppt

Seit dem Jahr 2001 wurde seitens der Montanuniversität dem Ministerium ein 5-Jahres-Budget vorgelegt, um die Wachstumsstrategie in den drei Kernkompetenzen Rohstoffe, Metallurgie, Werkstoffe zur Festigung des Standortes durch gesteigerte Leistungen und eine verstärkte internationale Ausrichtung darzustellen.

Durchgeführte Umstrukturierungen hätten, so Pöhl, "zwar dem Ansehen der Universität auch im Ministerium genützt, doch es hilft uns wenig, wenn einerseits in die Hände geklatscht und andererseits der Entwicklungspfad der Universität durch das Nicht-Bereitstellen von Mitteln gestoppt wird".

Bereits unter der Annahme, dass das Jahr 2003 eine Budgetfortschreibung des Jahres 2002 bedeutet, war es notwendig, weitere Kosten auslösende Projekte der Strategie einzustellen. Rektor Pöhl: "Wenn all das zutrifft, was aus dem Bundesbudget für Universitäten ableitbar ist, fehlen der Montanuniversität drei Millionen Euro, das sind 11 Prozent weniger als im Jahr 2002. Bei einem Personalkosten-Anteil von 80 Prozent bedeutet das, dass nur noch die nötigsten Betriebsausgaben für die Aufrechterhaltung des Universitätsbetriebes finanzierbar sind. Damit fließen alle für Investitionen vorgesehen Finanzmittel in die Personalausgaben. Berufungszusagen für neue Professoren müssen, soweit sie noch nicht umgesetzt sind, ausgesetzt werden. Neuberufungen sind nur dann möglich, wenn dadurch keine Mehrkosten ausgelöst werden, was aber durch das neue Dienstrecht unwahrscheinlich ist."

Rektor Wolfgang Pöhl gibt sich auch skeptisch, was die weitere Umsetzung des Universitätsgesetzes 2002 betrifft: "Diese kann an der nicht vorhandenen Liquidität scheitern und nur mehr zweitrangig sein, wenn es darum geht, das für die Universität Notwendigste zu finanzieren." Weitere Maßnahmen für die Aufrechterhaltung des Universitätsbetriebes würden dann vorgenommen, wenn endlich bekannt sei, wie es mit der finanziellen Ausstattung im Jahr 2004 aussehe.

Weitere Informationen:

Rektor Dr. Wolfgang Pöhl, Tel. 03842 402-201, E-Mail: rektor@unileoben.ac.at